



Dr. Markus Rösler & Thomas Reusch-Frey

Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg

Dr. Markus Rösler MdL und
Thomas Reusch-Frey MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Büro Dr. Markus Rösler (Grüne):

0711/2063-649

Markus.Roesler@gruene.landtag-bw.de

www.markusroesler.de

www.facebook.com/Dr.MarkusRoesler

Büro Thomas Reusch-Frey (SPD):

0711/2063-753

Thomas.Reusch-Frey@spd.landtag-bw.de

www.reusch-frey.de

www.facebook.com/ThomasReuschFrey

An die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Stuttgart, 15. Juni 2015

Gentechnik: Grün-Rot spricht von "vergiftetem Geschenk"

Rösler (Wahlkreis Vaihingen) und Reusch-Frey (Wahlkreis Bietigheim-Bissingen) lehnen Bundesländer-Flickenteppich ab

Als "vergiftetes Geschenk" haben die Landtagsabgeordneten Dr. Markus Rösler (GRÜNE, Wahlkreis Vaihingen/Enz) sowie Thomas Reusch-Frey (SPD, Wahlkreis Bietigheim-Bissingen) den Vorschlag von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt bezeichnet, eine Expertenkommission möge über nationale oder landesweite Anbauverbote für gentechnisch veränderte Organismen entscheiden. „Das lehnen wir mit Nachdruck ab. Wir wollen keinen Gentechnik-Fleckenteppich, in dem gentechnikanbaufreie Länder neben gentechnikzulassenden Ländern existieren. Wenn Schmidt so weiter macht, dann kommt er irgendwann noch mit dem Vorschlag, jeder Landkreis solle darüber entscheiden, ob Gentechnik eingesetzt wird oder nicht“, so Rösler, Sprecher für Agrogentechnik der GRÜNEN und Reusch-Frey, agrarpolitische Sprecher der SPD.

Auf Initiative von Rösler und Reusch-Frey hatte der Landtagsausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz einen einstimmigen Beschluss gefasst. Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. sich bei der bevorstehenden Novelle des Gentechnikgesetz des Bundes zur Umsetzung der in der EU vereinbarten „Ausstiegsklausel“ (Opt-out) im Rahmen der Zulassung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) für Regelungen einzusetzen, die bundesweite, rechtssichere Verbote für den Anbau von GMO ermöglichen;
2. sich insbesondere dafür einzusetzen, dass bundesweite Anbauverbote für alle in der EU zugelassenen GMO durch den Bund erlassen und im Falle von Neuzulassungen um diese GMO erweitert werden;
3. sich bei der Bundesregierung und in der EU dafür einzusetzen, dass die Zulassungsverfahren auf EU-Ebene überprüft und so geregelt werden, dass eine verschärfte, umfassende und unabhängige Risikobewertung auf Basis unabhängiger Risikostudien gewährleistet wird.

Rösler und Reusch-Frey begrüßen, dass sich im zuständigen Landtagsausschuss CDU und FDP diesen Forderungen angeschlossen haben und sich damit gegen die Haltung der Union auf Bundesebene aussprechen.

"Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt will sich um eine nationale Regelung in diesem Bereich drücken. CDU und CSU versuchen, die Verantwortung des Bundes nach unten durchzureichen. Dies ist aber ganz klar eine Zuständigkeit des Bundes. Wir fordern Bundesminister Schmidt daher auf, seine ureigenen Kompetenzen wahrzunehmen. Schmidt soll endlich ein Gesetz vorlegen, in dem er nationale Gentechnikverbote vorsieht, anstelle den schwarzen Peter an die Länder weiterzuleiten – das wird nicht klappen!", kommentieren Rösler und Reusch-Frey.

Nach Einschätzung der beiden Landtagsabgeordneten wären die Behörden kleinerer Bundesländer zudem damit überfordert, sich in möglichen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit internationalen Konzernen wie Monsanto beim Thema Verbot oder Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen auseinanderzusetzen: "Eigentlich wären EU-weite Verbote sinnvoll. Schon das hat die CDU auf Bundesebene nicht eingefordert. Nachdem die EU den schwarzen Peter auf die 28 Nationalstaaten abgeschoben hat, geht es nicht an, dass in den Nationalstaaten die Verantwortung nochmals nach unten durchgereicht wird - in Österreich auf 8 Bundesländer, in Deutschland auf 16 Bundesländer und in Polen gar auf die 16 Woiwodschaften - allein diese drei Beispiele machen die Unsinnigkeit des Ansinnens von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt deutlich.

Eine unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern erhöhe die Gefahr der Einschleppung und unkontrollierten Verbreitung von gentechnisch veränderte Organismen (GVO): „Wir benötigen bundesweite, rechtssichere Anbauverbote, damit wir in Baden-Württemberg, den anderen Bundesländern und damit auch im Kreis Ludwigsburg langfristig Gentechnikfreiheit auf dem Acker sichern können. Die Bundesregierung muss daher gemeinsam mit den Bundesländern alle Möglichkeiten der EU-Regelung voll ausschöpfen, Gentechnik von unseren Äckern und aus der Umwelt fernzuhalten“, so Rösler und Reusch-Frey.

Anhang: Beschlussantrag.